

25.02.2015  
032a

PRESSEMITTEILUNGEN  
DER DEUTSCHEN  
BISCHOFSKONFERENZ



*Es gilt das gesprochene Wort!*

**Statement**  
**von Bischof Norbert Trelle (Hildesheim),**  
**Vorsitzender der Migrationskommission**  
**der Deutschen Bischofskonferenz,**  
**im Pressegespräch „Herausforderungen der Migration in Deutschland“**  
**am 25. Februar 2015 in Hildesheim**  
**zur Frühjahrs-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz**

1. Bedingt durch Krisen und Kriege im Nahen Osten und in einigen Staaten Afrikas ist die Zahl der Flüchtlinge weltweit erheblich gestiegen. Auch in Deutschland und Europa suchen immer mehr Menschen Schutz. Es ist kaum zu hoffen, dass sich diese Situation in naher Zukunft ändern wird.

Vor einigen Wochen wurde Europa einmal mehr durch ein schreckliches Bootsunglück vor der libyschen Küste erschüttert, bei dem erneut Hunderte Menschen starben. Die Befürchtungen werden Realität, die mit der Einstellung der bis dahin beispiellosen Rettungsaktion der italienischen Marine verbunden waren: Seit dem Ende dieser unter der Bezeichnung „Mare Nostrum“ bekannt gewordenen Operation wird die Flucht über das Mittelmeer wieder zu einem tödlichen Risiko. Wie viele andere haben auch wir Bischöfe damals gefordert, die Seenotrettung weiterhin nicht nur als Nebeneffekt, sondern als zentralen Bestandteil der Nachfolgeoperation „Triton“ aufrechtzuerhalten. Diese Forderung erneuern wir heute. Dabei ist uns bewusst, dass durch konsequente Seenotrettung die Zahl der in Europa ankommenden Flüchtlinge steigen wird. Und wir wissen auch um die Gefahr, dass sich Islamisten unter die Flüchtlinge mischen – ein Risiko, dem die europäischen Sicherheitsbehörden begegnen müssen. Ebenso klar aber sagen wir: Eine Lösung dieser Probleme darf nicht darin bestehen, Menschen, die in existenzieller Not vor Krieg, Gewalt und Verfolgung fliehen, sehenden Auges dem Risiko des Ertrinkens auszusetzen. Für sie müssen sichere Zugangswege nach Europa gefunden werden. Dabei ist auch über die Frage der gerechten Verteilung der ankommenden Flüchtlinge innerhalb der Europäischen Union und des sogenannten „Dublin-Systems“

Kaiserstraße 161  
53113 Bonn

Postanschrift  
Postfach 29 62  
53019 Bonn

Tel.: 0228-103 -214  
Fax: 0228-103 -254  
E-Mail: [pressestelle@dbk.de](mailto:pressestelle@dbk.de)  
Home: [www.dbk.de](http://www.dbk.de)

*Herausgeber*  
P. Dr. Hans Langendörfer SJ  
Sekretär der Deutschen  
Bischofskonferenz

eine offene und konsensorientierte Diskussion zu führen. Die Kirche wird gerne ihre Erfahrungen und Kompetenzen in diese Debatte einbringen.

2. In den letzten Wochen und Monaten ist vor dem Hintergrund der deutlich gestiegenen Fallzahlen eine kontroverse öffentliche Diskussion über die Tradition des Kirchenasyls entbrannt. Das Thema eignet sich allerdings nicht für Schlagzeilen und politische Grundsatzdebatten. Ich möchte hier noch einmal skizzieren, wie wir Bischöfe dazu stehen. Das Kirchenasyl beansprucht – anders als unterstellt – keinerlei Sonderrecht gegenüber dem Staat. Obwohl es in der Rechtsordnung nicht vorgesehen ist, stellt es sich nicht gegen den Staat. Kirchengemeinden, die Menschen in einer humanitär schwierigen Lage aufnehmen, stellen nicht die Legitimität unserer Gesetze und der Verfahren in Frage. Das Kirchenasyl bietet aber Gelegenheit, die rechtliche Lage und die Ermessensspielräume noch einmal genau zu prüfen und möglicherweise neue Aspekte einzubringen, die in einem konkreten Fall bisher nicht berücksichtigt wurden. Es geht dabei nicht um ein Gnadenrecht, sondern darum, im Einvernehmen mit den Behörden nach Recht und Gesetz eine Lösung zu finden. Dass dies in der überwiegenden Mehrheit der Fälle gelingt, dient dem Rechtsfrieden und dem in unserer Verfassung verankerten obersten Ziel der Rechtsordnung: die Würde des Menschen zu schützen. Die Erfahrung zeigt, dass die Gemeinden sehr sorgfältig mit dem Kirchenasyl umgehen.

Wir sind derzeit – gemeinsam mit der Evangelischen Kirche – auf allen Ebenen in einem intensiven Austausch mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, um Verfahren zu finden, wie wir konstruktiv mit der derzeitigen Situation umgehen können. Ich bitte um Verständnis dafür, dass wir über die Details dieser Gespräche erst informieren können, wenn es konkrete Ergebnisse gibt.

3. Trotz einer insgesamt erfreulichen Offenheit für die Aufnahme von Zuwanderern müssen wir erkennen, dass es in Deutschland auch heute noch einen offenen und verdeckten Rassismus gibt, den wir wenigstens weitgehend überwunden glaubten. Als ein besonders dramatisches Beispiel hat die Mordserie des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrundes“ vor einigen Jahren ganz Deutschland aufgeschreckt. Ähnlich alarmierend und leider sehr aktuell sind Berichte über eine Verdreifachung der Zahl der Übergriffe auf Asylbewerberunterkünfte, die unguete Erinnerungen an die frühen 1990er Jahre wachrufen. Damals kam es zu einer ganzen Reihe von Brand- und Mordanschlägen auf Asylbewerber und Migranten. Auch die Zahl antisemitischer Straftaten in Deutschland und Europa steigt seit einiger Zeit bedenklich an.

4. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus können allerdings auch in weniger drastischen Erscheinungsformen auftreten, die dennoch für die davon betroffenen Menschen zuweilen einschneidende Folgen haben. So wies etwa eine Studie nach, dass Jugendliche mit ausländisch klingenden Namen es deutlich schwerer haben, einen Ausbildungsplatz zu finden. Auch die Diskussion um die Zuwanderung von Roma aus Rumänien, Bulgarien oder vom

Balkan enthielt neben berechtigten Hinweisen auf zweifellos vorhandene Probleme auch rassistische Untertöne.

Die Kirche tritt jeder Form von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entschieden entgegen. Wer gegen Flüchtlinge, Fremde, Migranten und Menschen anderer Hautfarbe hetzt, der hat die Kirche gegen sich. Die Lehre der Kirche ist eindeutig: Alle rassistischen Theorien widersprechen dem christlichen Glauben und der christlichen Liebe. Wir können nicht zu Gott beten, „wenn wir irgendwelchen Menschen, die ja nach dem Ebenbild Gottes geschaffen sind, die brüderliche Haltung verweigern. (...) Deshalb verwirft die Kirche jede Diskriminierung eines Menschen (...) um seiner Rasse oder Farbe, seines Standes oder seiner Religion willen, weil dies dem Geist Christi widerspricht.“ So die Worte des Zweiten Vatikanischen Konzils in der Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen (*Nostra Aetate*, Nr. 5).

Wir haben in den letzten Jahren immer wieder diskutiert, welchen Beitrag die Bischofskonferenz leisten kann, um Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu bekämpfen. Wir haben dabei von einer ganzen Reihe von Initiativen erfahren, in denen sich Katholiken aus dem Glauben heraus gegen diese Ideologien einsetzen und für ein respektvolles Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft eintreten. Wir sind überzeugt: Dieses Engagement verdient öffentliche Anerkennung und Ermutigung. Heute möchte ich Ihnen deshalb eine konkrete Initiative vorstellen, mit der wir ein deutliches Zeichen setzen wollen. Die Deutsche Bischofskonferenz lobt in diesem Jahr erstmals den „Katholischen Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus“ aus, der durch den Vorsitzenden verliehen wird. So wollen wir öffentliche Aufmerksamkeit für dieses Engagement erzeugen, zu weiterem Einsatz ermutigen und gleichzeitig dazu anregen, neue Projekte und Initiativen ins Leben zu rufen.

Viele dieser Initiativen stehen immer wieder vor der Herausforderung, die mit der Arbeit verbundenen Kosten zu finanzieren. Wir wollen daher unserer Wertschätzung auch finanziell Ausdruck verleihen. Der Preis ist mit einem Preisgeld in Höhe von 10.000 Euro dotiert, das auf bis zu drei Preisträger aufgeteilt werden kann.

Die vorgeschlagenen Projekte, die ab sofort dem Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz vorgelegt werden können, werden durch eine Jury begutachtet. Ich freue mich, dass wir dafür viele profilierte Streiter gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gewinnen konnten. Der Jury gehören an: Gabriele Erpenbeck (Vorsitzende des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses für die Interkulturelle Woche), Prälat Dr. Peter Neher (Präsident des Deutschen Caritasverbandes), Dr. Heribert Prantl (Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung), Ingrid Sehrbrock (1987 bis 2013 stellvertretende Bundesvorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, 1999 bis 2013 Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes), Bundestagspräsident a. D. Dr. Wolfgang Thierse, Josef Philip Winkler (Mitglied des

25.02.2015  
032a

- 4 -

PRESSEMITTEILUNGEN  
DER DEUTSCHEN  
BISCHOFSKONFERENZ

Deutschen Bundestages 2002–2013, Sprecher des Sachbereichs „Politische und ethische Grundfragen“ im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, ZdK). Den Vorsitz habe ich selbst übernommen.

Eine feierliche Preisverleihung und Präsentation der Projekte ist für den 16. November in der Gedenkkirche Maria Regina Martyrum in Berlin geplant.

Weitere Details finden Sie in der Ausschreibung, die hier ausliegt und die selbstverständlich auch im Internet verfügbar ist.